

## **Niederschrift**

über die öffentliche Sitzung  
**des Hauptausschusses der Stadt Lörrach**  
**am Donnerstag, 1. Dezember 2016**  
im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

- Anwesend: Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender  
Bürgermeister Dr. Michael Wilke
- Stadträtinnen und Stadträte: Bachmann-Ade, Berg (als Vertretung Martin), Claassen  
Cyperrek, Escher (als Vertretung Heuer), Herzog, Höf-  
ler, Kurfeß, Lusche (8.35 bis 11.10 Uhr), Pichlhöfer,  
Roßkopf, Salach, Salinas de Huber, Schlecht, Simon
- Entschuldigt: Heuer, Krämer, Martin
- Ferner: Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger  
Fachbereichsleiterin Buchauer  
Fachbereichsleiterin Dr. Held (ab 10.15 bis 10.40 Uhr)  
Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić  
Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer  
Fachbereichsleiterin Staub-Abt (ab 9.55 Uhr)  
Fachbereichsleiter Bühler  
Fachbereichsleiter Dullisch  
Fachbereichsleiter Frick Fachbereichsleiter Kleinmagd  
Fachbereichsleiter Sproß  
Frau Williams, Leiterin des Büros des Vorstands  
Komm. Fachbereichsleiterin Eyhorn (bis 9.55 Uhr)  
Personalratsvorsitzende Sambale-Lebus  
Stellv. Fachbereichsleiter Gruber  
Frau Dietrich, Leiterin Stadtbibliothek (bis 10.30 Uhr)  
Herr August, Leiter Musikschule (bis 10.30 Uhr)  
Herr Moehring, Leiter Dreiländermuseum (bis 10.30 Uhr)  
Frau Conti, FB Finanzen  
Herr Flick, FB GGM  
Herr Röslen, FB Finanzen
- Urkundspersonen: Stadträtinnen Cyperrek und Kurfeß
- Schriftführung: Frau Heinze und Herr Ockenfuß
- Zeit: 8.35 bis 11.35 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder des Hauptausschusses, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse. Vor Einstieg in die Tagesordnung sei es ihm wichtig, an den Prozess der Haushaltskonsolidierung zu erinnern. Nur, weil sich aus verschiedenen Gründen, beispielsweise einer geringeren Kreisumlage, die Haushaltslage etwas entspanne, dürfe man nicht die guten, aus dem Konsolidierungsprozess entstandenen Vorsätze außer Acht lassen. Man müsse den Weg der Haushaltskonsolidierung konsequent fortsetzen. Die Frage nach der Einstellung des Inserierens von Todesanzeigen müsse man indes nochmals offen diskutieren.

## **TOP 1**

### **Haushaltsplan 2017**

#### **Vorlage: 217/2016, Haushaltsplanentwurf 2017, Übersicht der Standardthemen, Änderungsliste vom 30.11.2016**

Der Vorsitzende verweist auf den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2017 und erklärt, dass darin sämtliche, wichtige Entwicklungen berücksichtigt worden seien.

Fachbereichsleiter Kleinmagd erklärt, dass die Ergebnisse der Haushaltskonsolidierung sowie die neuen Zahlen bei den Zuweisungen berücksichtigt worden seien. Jegliche finanzielle Verbesserungen seien bereits aufgebraucht worden.

Der Vorsitzende bekräftigt, dass die Zahlen im Haushaltsplanentwurf absolut aktuell seien. Es sei im Weiteren vorgesehen, dass die einzelnen Fraktionen in der aktuellen Hauptausschusssitzung auf große Haushaltsreden verzichten.

Herr Röslen erläutert sodann die wichtigsten Zahlen und Hintergründe zum Haushalt 2017. Insbesondere geht er auf den Saldo der Erträge und Aufwendungen im Ergebnishaushalt sowie den Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen im Finanzhaushalt ein und erläutert die Änderungen zum Haushaltsplanentwurf (Anlage 1, Punkte 1 und 2). Des Weiteren erläutert er die Standardthemen Gewerbesteuer(-umlage) und Finanzausgleich (Anlage 1, Punkt 3.1 sowie Punkt 3.2).

Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer erläutert im Folgenden die Entwicklungen hinsichtlich des Personalbudgets der Stadt Lörrach (Anlage 1, Punkt 3.3).

Herr Röslen stellt sodann die Standardthemen Bauunterhaltung, Bewirtschaftungskosten, Werkhofleistungen sowie Kinderbetreuung vor (Anlage 1, Punkte 3.4 bis 3.7).

Im Anschluss stellt Fachbereichsleiter Kleinmagd die für die Jahre 2016 bis 2020 vorgesehene mittelfristige Finanzplanung vor (Anlage 1, Punkt 4). Hierbei geht er auf mögliche Risiken für den Haushalt, wie beispielsweise die Kreisumlage, die Rathaussanierung, die Schulentwicklung und die Sanierung der Kindertagesstätten ein. Er erläutert zudem den Bedarf im investiven Bereich bis zum Jahr 2025.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Darstellung der einzelnen Punkte. Es gebe viele wichtige Themen zu bearbeiten, mit deren Umsetzung man auch nicht zu lange warten dürfe.

## **TOP 2**

### **Neubau Sporthalle Brombach – Entwurfsplanung und Kostenberechnung**

#### **Vorlage: 218/2016**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein. Er wolle zunächst noch einige Worte zum Neubau der Halle in Tumringen verlieren. Eine derartige Kostensteigerung dürfe sich beim Neubau der Halle in Brombach nicht ergeben. Hohe Mehrkosten hätten sich vor allem dadurch ergeben, dass viele zusätzliche Wünsche erfüllt worden seien. Sodann erörtert er den Inhalt der vorliegenden Beschlussvorlage. Bei einer Kostensteigerung von rund 20 Prozent werde man auf Grundlage der momentanen Kostenberechnung die Kostenobergrenze von neun Millionen Euro nicht einhalten können. Dennoch sei der Beschluss zur Einhaltung der Kostenobergrenze im Rahmen des Prozesses zur Haushaltskonsolidierung wichtig gewesen. Was man derzeit noch nicht abschätzen könne seien die Kosten für die Außenanlagen. Diese seien bis zum jetzigen Zeitpunkt auch noch nicht geplant. Hier wolle man offen und transparent sein. Das Umfeld der Halle rund um den Bahnhof habe mit der Halle an sich nichts zu tun. Ziel der Verwaltung sei eine transparente und ehrliche Beschlussvorlage gewesen. Die Verwaltung wolle von nun an laufend über die aktuellen Kostenentwicklungen berichten.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass die Vorlage im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales intensiv vorberaten worden sei. Einsparpotentiale sollen möglichst frühzeitig erkannt und die Zusage zu Wünschen jeglicher Art vermieden werden. Verschiedene Einsparpotentiale habe man bereits jetzt ermittelt. So plane man hinsichtlich des Foyers nur eine reduzierte Variante. Außerdem werde man keine zweite Küche in der Halle einbauen. Für eventuell bestehende Bedarfe werde es im unteren Bereich der Halle in einem Raum entsprechende Anschlüsse geben, so dass dort eine mobile Catering-Küche angeschlossen werden kann. Man verzichte darauf die PV-Anlage auf dem Hallendach selbst zu errichten, halte die Flächen aber für private Investoren bereit. Anstatt einer Drei-Feld-Halle werde man unterdessen lediglich eine Zwei-Feld-Halle errichten. Dies sei mit Schulen und Vereinen abgestimmt und absolut ausreichend. Durch diese Planungsweise könne man auch auf einen weiteren, zusätzlichen Rettungsweg verzichten. Durch die genannten Einsparungen sinke die veranschlagte Kostensumme von rund 8,6 Millionen Euro zumindest etwas. Man erhalte für den Hallenneubau rund 200.000 Euro vom Hallenförderverein in Brombach und weitere 600.000 Euro wurden vom Regierungspräsidium Freiburg zur Sporthallenförderung in Aussicht gestellt. Reduziere man die Gesamtkosten von 8,4 Millionen Euro um diese beiden Beträge, könne man die Kostenobergrenze von 9 Millionen Euro auch bei einer Kostensteigerung von 20 Prozent noch einhalten. Man müsse aber die Frage stellen was passiere, wenn man die vorgesehenen Gelder des Hallenfördervereins beziehungsweise des Regierungspräsidiums nicht erhalte. Man befinde sich in einem Spannungsfeld, da durch einen möglichen Wegfall der Mitfinanzierungszusagen eine gewisse Kostenunsicherheit bestehe. Die Gestaltung der Außenanla-

gen sei noch nicht abschließend geklärt worden. Daher seien für den Bereich zwischen Hallenneubau und Bahnhof 75.000 Euro an Planungsmitteln vorgesehen. Hinsichtlich der Frage nach möglichen Parkplatzflächen und eines Parkdecks befinde sich die Stadt noch in Gesprächen. Hinsichtlich des Betriebs und der Übernahme der Bau- und Betriebskosten wolle die Verwaltung zu Beginn des Jahres 2017 eine Beschlussvorlage vorlegen. Die Kosten des Parkdecks seien im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtwerke anteilig veranschlagt worden. Die Änderung der Anlieferung zur Firma Vakuform sei geklärt und in den Baukosten der Halle enthalten.

Stadtrat Lusche bekräftigt, dass die Vorlage im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales intensiv vorberaten worden sei. Die Fraktion der CDU wolle der Vorlage so zustimmen. Es gebe hinsichtlich der Thematik einen großen Konsens. Die Halle sei eine Einrichtung für die gesamte Stadt. Er könne hier aus Überzeugung zustimmen. Die Beibehaltung der Ehrlichkeit sei in dieser Angelegenheit zentral. Mit der Halle setze man eine klare Priorität. Das Vorhaben habe natürlich auch eine große Dimension. Andere Vorhaben müsse man jetzt eben hinten anstellen. Jetzt gehe es darum, die Kostenobergrenze einzuhalten. Er erwarte von der Verwaltung kontinuierliche Berichterstattung.

Stadtrat Schlecht führt aus, dass man sich klar für die Halle entschieden habe. Es müsse nun Klarheit geschaffen und der Kostenrahmen eingehalten werden. Er frage sich, warum die Kostenunsicherheit mit 20 Prozent immer noch so hoch angesetzt sei. Es müsse geprüft werden, ob sich die Kostenunsicherheit noch weiter verringern lasse. Der Hallenförderverein habe große Erwartungen. Hier brauche es Transparenz. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Berg befindet, dass sich seit der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales wohl einige neue Informationen ergeben hätten. Bei dem Neubau der Halle Tumringen habe es eine Kostensteigerung von rund 28 Prozent gegeben. Gerade auch aufgrund der Konjunktur in der Bauwirtschaft werde man die angepeilte Kostenobergrenze nicht einhalten können. Sollte man die Mittel des Hallenfördervereins und des Regierungspräsidiums erhalten, könnte es gerade noch reichen. Er gebe Stadtrat Lusche dahingehend Recht, dass der Hallenneubau von großer Dimension sei und nun Prioritäten gesetzt werden müssten. Die Fraktion der Grünen werde uneinheitlich abstimmen. Die Halle müsse letztlich eine Halle für die gesamte Stadt sein. Der Hallenförderverein müsse indes in die Pflicht genommen werden. Es solle ein Vertrag darüber geschlossen werden, dass die Summe von 200.000 Euro in den Hallenneubau fließt. Die Halle sei auch ein politisches Zugeständnis gewesen. Der Bau einer Halle am Campus, wo durchaus dringlicherer Bedarf bestehe, sei zu Gunsten des Hallenneubaus in Brombach zurückgestellt worden. Es werde auch sicherlich noch der Bau weiterer Hallen in Lörrach notwendig werden.

Stadtrat Claassen erklärt, dass die Halle von allen gewollt sei. Die Argumente seien vollständig ausgetauscht worden. Der Knackpunkt in der Sache sei der Beschluss aus dem Verfahren zur Haushaltskonsolidierung und der daraus resultierenden Festlegung auf die Kostenobergrenze von 9 Millionen Euro. Die Fraktion der Freien Wähler könne die vorlie-

gende Beschlussvorlage nun mittragen. Die Fraktion der Freien Wähler habe den Neubau der Halle in Brombach stets forciert.

Stadtrat Schlecht gibt an, dass er über die Aussage von Stadtrat Claassen, dass die Freien Wähler den Neubau der Halle in Brombach stets forciert hätten, irritiert sei. Die Aussage von Stadtrat Berg halte er indes für einen Schlag ins Gesicht des Hallenfördervereins. Der Verein habe eine beachtliche Arbeit geleistet. Er sei über die kritische Stellungnahme der Fraktion der Grünen sehr überrascht. Er habe sich eine große Mehrheit für den Hallenneubau gewünscht.

Stadträtin Herzog führt aus, dass die Festlegung einer Kostenobergrenze begrüßt werde. Man habe erfolgreich mit den verschiedenen Sportvereinen Gespräche geführt. Leider sei der Kulturverein bei den Gesprächen nicht eingeladen worden. Der Kulturverein habe sich eine zweite Küche gewünscht. Von Seiten der örtlichen Vereine habe es keine weiteren Sonderwünsche gegeben. Des Weiteren solle eine Anfrage des Badmintonvereins hinsichtlich der Auszeichnung verschiedener Spielfelder beachtet und berücksichtigt werden.

Stadträtin Kurfeß gibt an, dass ein Bedarf an der Halle auf jeden Fall gegeben sei. Der Hallenförderverein habe sich in der Tat in großem Maße engagiert. Sie selbst sei Mitglied des Vereins. Gerade der Handballsport benötige die Halle dringend. Der Förderverein habe eine Summe von 200.000 Euro gesammelt. Im Vergleich zur Gesamtsumme von knapp zehn Millionen Euro sei dieser Betrag eher gering. Ein solcher Betrag sei auch von Tempus fugit für das Theaterhaus geleistet worden, wobei die Gesamtsumme dafür deutlich geringer war. Sie selbst sei lange gegen die Realisierung der Halle gewesen, weil sie gerade im sozialen Bereich andere, deutlich wichtigere Prioritäten gesehen habe. In Zukunft werde sich die Stadt solche Vorhaben nicht mehr leisten können. Die Stadt verfüge im kommenden Haushaltsjahr über einen Überschuss von 1,2 Millionen Euro. Ebenso habe man viele Einsparungen vorgenommen und beschlossen. Dennoch sei der Stadt der Prozess der Haushaltskonsolidierung davongelaufen. Die Stadt werde in den nächsten Jahren noch viele weitere Einsparungen vornehmen müssen. Die Fraktion der Grünen wolle größtenteils der Vorlage zustimmen, betrachte das Vorhaben aber nach wie vor kritisch.

Stadtrat Escher signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU. Er könne der Vorlage mit Freude zustimmen. Es habe in Brombach kein Sachzwang vorgelegen. Dem Neubau der Halle in Brombach sei ein langjähriger Prozess vorausgegangen. Der Neubau einer Halle am Campus sei in der Sportentwicklungsplanung vorgesehen gewesen. Die Brombacher Vereine seien auf den Hallenneubau angewiesen. Auch für die Schulen sei die Halle wichtig. Man dürfe die Umstände, gerade auch im Hinblick auf das Angebot der Schöpflin-Stiftung, nicht verkennen. Der Hallenneubau sei eine logische Folgerung der letzten Jahre.

Fachbereichsleiterin Buchauer erklärt, dass die Halle sich noch in einem frühen Stadium der Entwurfsplanung befinde. Daran anschließend werde die Ausführungsplanung erfolgen und im Zuge deren werde man die ersten Leistungen ausschreiben. Da die Planung im Laufe der Abhandlung dieser Maßnahmen konkreter werde, werde man auch die Kos-

tenunsicherheit weiter eingrenzen können. Eine Küche im Untergeschoss der Halle sei nie vorgesehen und auch nie geplant gewesen. Darüber habe man sich schon früh auch mit dem Kulturverein abgestimmt. Die für eine Küche notwendigen Anschlüsse seien in der Planung vorgesehen. Für den Badmintonverein seien die in der Halle benötigten zwölf Felder in der Planung enthalten.

Sodann stimmt der Hauptausschuss einstimmig bei 2 Enthaltungen folgender Beschlussfassung zu:

1. Die Entwurfsplanung für den Neubau der Sporthalle Brombach wird genehmigt.
2. Die aktuelle Kostenberechnung von 8,4 Mio. € mit einer Kostensicherheit von +/- 20% wird genehmigt.
3. Das maximale Kostenrisiko von 1,68 Mio. € wird zur Kenntnis genommen.
4. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung alles daran zu setzen, dass durch optimales Kostenmanagement die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung vom Gemeinderat festgelegte Obergrenze von max. 9 Mio. € eingehalten wird.
5. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, mit der Schöpflin-Stiftung in Verhandlungen mit dem Ziel einzutreten, dass eine Lösung gefunden wird, mit der die Stiftung die von ihr für erforderlich gehaltenen Stellplätze ebenfalls nachweisen kann. Dabei ist auf eine der Interessenlage beider Seiten angemessene Kostenverteilung bei Errichtung, Betrieb und Instandhaltung zu achten.
6. Die Planungsmittel für den Ausbau des Bahnhofsvorplatzes in Höhe von 75.000 € werden im HH 2017 bereitgestellt.
7. Die Verwaltung wird beauftragt einen überarbeiteten Zeitplan im Januar 2017 vorzulegen.
8. Die Verwaltung wird beauftragt regelmäßig im AUT über die zeitliche, finanzielle und bauliche Entwicklung der Maßnahme zu berichten.

### **TOP 3**

#### **Zuschüsse**

##### **3.1**

#### **Zuschussantrag der Suchthilfe Drehscheibe**

#### **Vorlage: 208/2016**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Der Hauptausschuss hat keinen weiteren Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf und stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Der Weitergewährung des Zuschusses von jährlich 4.500,00 € für die Jahre 2017 bis 2019 für den Kontaktladen der Suchthilfe Drehscheibe wird vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen zugestimmt.

### **3.2**

#### **Zuschussantrag der Drogen- und Jugendberatungsstelle Lörrach des Arbeitskreises Rauschmittel e.V. (AKRM)**

**Vorlage: 209/2016**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Der Hauptausschuss hat keinen weiteren Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf und stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Der Weitergewährung von Zuschüssen in Höhe von jeweils 3.300 € (Sachkostenzuschuss) und 5.500 € (Projektzuschuss) für die Jahre 2017 bis 2019 für den Arbeitskreis Rauschmittel (AKRM) wird vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen zugestimmt.

### **3.3**

#### **Weiterführung des Präventionsprojekts .compass der Villa Schöpflin**

**Vorlage: 211/2016**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Der Hauptausschuss hat keinen weiteren Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf und stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Der Finanzierung des Projekts in Höhe von jährlich 30.000 € für die Jahre 2017 bis 2019 wird vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen zugestimmt.

### **3.4**

#### **Zuschuss für den ehrenamtlichen Wohndienst der Fritz-Berger-Stiftung**

**Vorlage: 212/2016**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Der Hauptausschuss hat keinen weiteren Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf und stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Der Gewährung des Zuschusses für den ehrenamtlichen Wohndienst der Fritz-Berger-Stiftung, für die Jahre 2017, 2018 und 2019 wird unter Vorbehalt der Haushaltsplanberatungen zugestimmt.

### **3.5**

#### **Antrag auf Bezuschussung für das Projekt "wellcome" und Mietkostenübernahme der pro Familia Beratungsstelle Freiburg**

**Vorlage: 213/2016**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Der Hauptausschuss hat keinen weiteren Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf und stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Der Gewährung des Zuschusses für das Projekt „wellcome“ in Höhe von 3.700 €, für die Jahre 2017, 2018 und 2019 wird unter Vorbehalt der Haushaltsplanberatungen zugestimmt.

Die Mietkostenübernahme in Höhe von 8.500 € wird abgelehnt.

### **3.6**

#### **Zuschussantrag der Klimafreunde Lörrach**

**Vorlage: 198/2016**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Von Stadträtin Höfler werden große Bedenken zur Bezuschussung der Initiative geäußert. Diese sei kein Verein o.Ä., sondern lediglich ein loser Zusammenschluss von Bürgern.

Stadtrat Schlecht erklärt die mehrheitliche Zustimmung der SPD-Fraktion.

Stadträtin Salach bittet um die Unterstützung des Projektes. Die Initiative habe sich mit Unterstützung der Stadt firmiert. Die beteiligten Familien sollen zudem als Multiplikatoren fungieren.

Stadtrat Claassen stellt dar, dass die Fraktion der Freien Wähler eine weitere Bezuschussung nach der bereits erfolgten Anschubfinanzierung nicht befürworte und die Vorlage ablehnen werde.

Stadtrat Lusche bemerkt, dass das Anliegen unabhängig von der Rechtsform betrachtet werden müsse. Die Absicht des Vorhabens sei löblich, gleichwohl habe man im Rahmen der Haushaltskonsolidierung auch an anderen Stellen Kürzungen vorgenommen. Für eine weitere Bezuschussung der Initiative sehe er keine Priorität.



Stadträtin Cyperrek erklärt, dass sie hinter der Initiative stehe.

Der Vorsitzende gibt an, dass er bürgerschaftliches Engagement im Klimaschutz begrüße.

Sodann lehnt der Hauptausschuss mehrheitlich die Beschlussvorlage bei 6 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen ab.

### **3.7**

#### **Zuschüsse für Grundschulbesuche in Frankreich**

##### **Vorlage: 111/2016**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Der Hauptausschuss hat keinen weiteren Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf und stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

1. Der Gemeinderat bestätigt die Entscheidung der Sitzung vom 29.01.2004 mit Ergänzung lt. GR-Beschluss v. 04.03.2010, wonach alle Lörracher Schulen ein Anrecht auf Bezuschussung von Schulaustauschen mit Schulen in den Lörracher Partnerstädten haben.
2. Der Gemeinderat befürwortet ebenso, dass Grundschulen, die einen Austausch mit den Partnerstädten wegen der langen Anfahrt nicht realisieren können, keinen städtischen Zuschuss für Austausche mit anderen ausländischen Schulen (Elsass) erhalten, sofern sie Anrecht auf einen Zuschuss durch das Regierungspräsidium Freiburg (Landesförderung) haben.

### **3.8**

#### **Zuschuss für Lörracher Vereine zur Burghof-Miete**

##### **Vorlage: 112/2016**

Der Vorsitzende stellt das Anliegen der Beschlussvorlage vor.

Stadträtin Roßkopf begrüßt die Schaffung einer klaren Regelung und erkundigt sich, was geschehe, wenn mehr Anträge gestellt würden und der Deckungsbetrag nicht ausreiche.

Fachbereichsleiter Frick erläutert den Beschlussvorschlag. Sofern der Budgetrahmen von 16.000 EUR ausgeschöpft sei, könne kein weiterer Verein im Jahr bezuschusst werden. Er sei jedoch für eine Modifizierung der Regelung offen.

Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass derartige Veranstaltungen von Vereinen im Burghof lange im Vorfeld geplant würden. Bislang sei das Budget von 16.000 EUR auskömmlich gewesen. Er zeigt sich zuversichtlich.

Auf Nachfrage von Stadtrat Pichlhöfer teilt Fachbereichsleiter Frick mit, dass es sich hierbei um keine Kürzung, sondern die Bestätigung und Klarstellung der bisherigen Regelung handle.

Stadtrat Schlecht stimmt der Vorlage zu. Der Burghof sei für die Fasnacht und Vereinsjubiläen ein würdiger Rahmen. Er bittet jedoch, an die Fortschreibung der Budgethöhe zu denken, da sich die Miethöhe auch ändere.

Stadtrat Lusche bittet, nicht nur nach dem „Windhundprinzip“ die eingehenden Anträge zu bearbeiten und die antragstellenden Vereine im Blick zu haben.

Fachbereichsleiter Frick sichert dies zu.

Hierauf stimmt der Hauptausschuss einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

1. Der Gemeinderat bestätigt die Deckelung der jährlichen Ausgaben für den Mietkostenzuschuss für Vereine auf 16.000 Euro und beauftragt die Verwaltung zukünftig diese Deckelung einzuhalten.
2. Der Gemeinderat stimmt der neuen Regelung zur Beantragung des Mietkostenzuschusses ab 2018 zu.
3. Der Gemeinderat stimmt auch der klaren Beschränkung des Zuschusses für gemeinnützige Lörracher Vereine und Stiftungen zu (keine Parteien, keine religiösen Vereinigungen etc.).

## **TOP 4**

### ***Kultureinrichtungen***

#### **4.1**

#### **Volkshochschule Lörrach/Erhöhung der Entgelte**

#### **Vorlage: 159/2016**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Stadträtin Höfer dankt für die schnelle Umsetzung der Entscheidungen zur Haushaltskonsolidierung hinsichtlich der Kultureinrichtungen.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Die Entgelte der Volkshochschule Lörrach werden zum Frühjahrsemester 2017 auf 3,50 Euro pro Unterrichtseinheit (45 Minuten) bzw. auf 4,70 Euro (Vollstunde) angepasst. Die Erhöhung gilt auch für die Außenstellen in Brombach und Haagen/ Hauingen sowie bei den Angeboten in der Dieter-Kaltenbach Stiftung.

Die Entgelt- und Honorarordnung (Anlage 1 der Vorlage) wird entsprechend angepasst.

## 4.2

### **Gebührenerhöhungen im Dreiländermuseum**

#### **Vorlage: 199/2016**

Der Vorsitzende teilt mit, dass ihn gestern ein Schreiben des Museumsfördervereins erreicht habe. Der Verein bittet, den eintrittsfreien Sonntag beizubehalten, da dieser insbesondere von Familien genutzt werde. Das Schreiben sei zu kurzfristig eingegangen und die Gemeinderatsentscheidung hierzu schon getroffen. Er wolle die Ratsmitglieder dennoch hierüber informieren.

Museumsleiter Moehring berichtet, dass es sich hierbei um Kosten von 1.500 EUR handle.

Das Gremium spricht sich für ein Festhalten an der Entscheidung zur Haushaltskonsolidierung aus und stimmt einstimmig bei 1 Enthaltung folgender Beschlussfassung zu:

Der Gemeinderat stimmt der Erhöhung der Eintrittsgebühren im Dreiländermuseum von 2,- auf 3,- Euro und einer Abschaffung des eintrittsfreien Sonntags ab dem 1.4.2017 zu.

## 4.3

### **Neue Entgeltordnung Städtische Musikschule Lörrach**

#### **Vorlage: 200/2016**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Der Hauptausschuss hat keinen weiteren Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf und stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

1. Der Änderung der Entgeltordnung für den Unterricht an der Städtischen Musikschule Lörrach wird entsprechend dieser Vorlage samt Anlagen zugestimmt.
2. Die Änderungen treten zum 1.10.2017 (neues Schuljahr) in Kraft.

## 4.4

### **Gebührenerhöhung der Stadtbibliothek**

#### **Vorlage: 201/2016**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Stadträtin Roßkopf erklärt sich mit der angedachten Gebührenerhöhung einverstanden und bittet, keine weiteren Einsparungen am Leistungsumfang der Stadtbibliothek vorzunehmen.

Stadträtin Bachmann-Ade spricht die in der Vorlage angegebene Unsicherheit bei den dargestellten Zahlen an. Fachbereichsleiter Frick teilt mit, dass die Wanderungsbewegungen und Entwicklungen nicht konkret absehbar seien.

Der Vorsitzende verweist auf die Medienfülle der Stadtbibliothek und hält eine Gebührenerhöhung für angemessen. Er merkt an, dass die Einrichtung und der bauliche Zustand in absehbarer Zeit ebenfalls einer Überholung bedürfen.

Stadtrat Lusche gibt zu bedenken, dass es im Zuge der Digitalisierung auch Veränderungen im Bibliothekswesen geben werde und man hierüber in Zukunft einmal diskutieren müsse.

Der Vorsitzende hält dies für einen wertvollen Hinweis. In einer der nächsten Sitzungen wolle man dies darstellen, zumal sich die Arbeit der Bibliothek bereits verändert habe.

Stadtrat Schlecht teilt mit, dass er alle Kultureinrichtungen für wertvolle Institutionen halte. An den Entscheidungen zur Haushaltskonsolidierung müsse gleichwohl festgehalten werden.

Fachbereichsleiter Frick bittet in diesem Zusammenhang, dass in Gesprächen mit Bürgern auf die Arbeit und die Leistungen der Kultureinrichtungen hingewiesen werde. Insbesondere die quantitativ und qualitativ zunehmenden Beschwerden über festgelegte und kommunizierte Regelungen, würden den Betrieb unverhältnismäßig aufhalten und die Mitarbeiter über Gebühr fordern.

Hierauf stimmt der Hauptausschuss einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Der Gemeinderat stimmt der vorgeschlagenen Gebührenerhöhung und Neustrukturierung der Gebührenarten (Variante 2) zu, die am 1. Mai 2017 in Kraft tritt.

## **TOP 5**

### **Anpassung der KONUS-Abgabebesatzung an den neuen Beitragssatz (KONUS) und an das geänderte Melderecht**

#### **Vorlage: 160/2016**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Fachbereichsleiter Frick erläutert die Beschlussvorlage.

Fachbereichsleiterin Dr. Held stellt den Änderungsbedarf der KONUS-Abgabebesatzung dar.

Der Hauptausschuss stimmt sodann einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Die Änderungssatzung zur KONUS-Abgabebesatzung wird gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage beschlossen.

## **TOP 6**

### **Erhöhung des Grundsteuer B - Hebesatzes von 405 % auf 430 % im Rahmen der Haushaltssatzung**

**Vorlage: 195/2016**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Stadtrat Schlecht erklärt, dass man seit vielen Jahren nun einmal wieder eine Steuererhöhung vornehme und er daher zustimmen könne.

Stadtrat Lusche teilt mit, dass wenn einerseits große Investitionen getätigt würden, dies die Kehrseite darstelle. Er stimmt der Vorlage im Namen der CDU-Fraktion ebenfalls zu.

Stadträtin Kurfeß pflichtet bei, dass die Erhöhung angebracht sei.

Auch Stadtrat Claassen stimmt der Vorlage zu und zeigt sich froh, dass nicht auch die Gewerbesteuer erhöht werde.

Fachbereichsleiter Kleinmagd merkt an, dass die letzte Grundsteuererhöhung vor zwölf Jahren stattgefunden habe.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Der Grundsteuer B - Hebesatz wird im Rahmen der Haushaltssatzung von 405 % auf 430 % erhöht.

## **TOP 7**

### **Kostenerhöhung Neubau Sporthalle Tumringen**

**Vorlage: 206/2016**

Der Vorsitzende berichtet, dass die Grundschule Tumringen mit der neugebauten Sporthalle sehr zufrieden sei. Wie auch bei der Diskussion zum Neubau der Halle Brombach, müsse zwischen dem originären Hallenbau und der Herstellung der Außenanlagen unterschieden werden. Letztere hätten im vorliegenden Fall zu Mehrkosten geführt.

Stadtrat Escher hält die Darstellungen für nachvollziehbar und lobt ebenfalls die neue Halle, die sich in der Nutzung bewähren müsse.

Stadtrat Schlecht sieht in der Halle einen großen Gewinn für den Schulsport und die Infrastruktur des gesamten Umfeldes. In diesem Zusammenhang dankt er auch der Städtischen Wohnbaugesellschaft.

Stadtrat Berg teilt die Zustimmung der Grünen-Fraktion mit.

Stadtrat Claassen spricht die Kostenerhöhungen beim TonArt-Gebäude an, aus denen man gelernt haben sollte. Er fordert für die Zukunft mehr Transparenz und Ehrlichkeit.

Hierauf stimmt der Hauptausschuss einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

1. Die Mehrkosten in Höhe von 350.000,- € für den „Neubau der Sporthalle Tumringen“ werden genehmigt.
2. Die Erneuerung der Zufahrt und des Lehrerparkplatzes mit Kosten in Höhe von 200.000,- € wird genehmigt.
3. Die Erhöhung des Gesamtkostenrahmens für den Neubau der Sporthalle Tumringen von 6.897.500,- € um 550.000,- € auf 7.447.500,- € wird genehmigt.
4. Die zusätzlich erforderlichen Mittel in Höhe von 550.000,- € werden im Haushalt 2017 zur Verfügung gestellt.

## **TOP 8**

### **Ausstieg aus dem European Energy Award**

#### **(Antrag der Fraktion der Freien Wähler vom 23.11.2016)**

Der Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein und erklärt, dass die Verwaltung in der kurzen Zeit seit Eingang des Antrags noch keine Vorlage erstellen konnte. Die Verwaltung wolle allerdings an einer Teilnahme am European Energy Award (EEA) festhalten. Der Award biete eine gute Möglichkeit, sich für den Klimaschutz und gegen den Klimawandel einzusetzen. Gemäß dem Motto der Lokalen Agenda „Groß denken, im kleinen lokal handeln“ wolle die Verwaltung diese wichtigen Aufgaben weiterhin wahrnehmen. Er weist auch auf lokale Probleme mit dem Klimawandel hin, wie zum Beispiel zunehmende Starkregenereignisse mit Hochwasser.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt erläutert sodann anhand einer Präsentation die wesentlichen Aspekte, welche für eine weitere Teilnahme am European Energy Award sprechen (Anlage 2).

Stadtrat Claassen gibt an, dass er sich nach der Darstellung der Fakten hinsichtlich des European Energy Awards machtlos fühle. Da noch Beratungsbedarf auf Seiten der Fraktion der Freien Wähler bestehe, wolle er den vorliegenden Antrag zurückziehen und gegebenenfalls einen neuen Antrag im kommenden Jahr stellen.

Stadtrat Schlecht gibt an, dass der Antrag von der Fraktion der Freien Wähler zunächst einmal zu Ende gedacht hätte werden sollen. Er sei froh, dass die Fraktion der Freien Wähler den Antrag nun zurückziehe. Der Klimaschutz werde immer wichtiger. Die Fraktion der SPD hätte den Antrag abgelehnt. Es sei für ihn jedoch sinnvoll über die Energiestadt-Zeitung bzw. deren Verteilung an jeden Haushalt nachzudenken.

Stadtrat Lusche stellt fest, dass der Antrag der Freien Wähler nicht vollständig „vom Tisch“ sei, sondern eventuell nochmals in modifizierter Art und Weise gestellt werde. Er bitte auch die Verwaltung darum, das Thema in diesem Zusammenhang nochmals aufzuarbeiten. Aber es sei grundsätzlich nicht sinnvoll auf der einen Seite Mittel einzusparen und in der Außendarstellung und bei Fördermitteln zu verlieren. Die Thematik müsse weiterhin beobachtet werden.

Stadträtin Kurfeß dankt der Verwaltung für die umfangreiche Darstellung der Thematik. Die Aufgabe sei von großer Bedeutung und müsse weiterhin wahrgenommen werden. Auch sie hätte den Antrag abgelehnt.

## **TOP 9**

### **Sanierung des alten Umkleidegebäudes im Grütt (Antrag der Fraktion der CDU vom 24.11.2016)**

Der Vorsitzende stellt bei Eintritt in den Tagesordnungspunkt die Befangenheit von Stadtrat Escher aufgrund seines Vorsitzes im FV Tumringen fest und fordert diesen dazu auf, im Zuschauerbereich Platz zu nehmen. Der befangene Stadtrat Escher folgt der Anweisung des Vorsitzenden und nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Verwaltung auch in dieser Angelegenheit auf die Schnelle keine Vorlage erstellt habe. Ein Bedarf hinsichtlich der Sanierung des alten Umkleidegebäudes werde auf jeden Fall erkannt. Das Vorhaben ist auf der Prioritätenliste der Stadt aufgenommen. Man müsse jedoch zunächst die personellen Kapazitäten beim Fachbereich Grundstücks- und Gebäudemanagement, wo die Position der stellvertretenden Fachbereichsleitung derzeit nicht besetzt sei, erhöhen. Dies werde im Jahr 2017 nicht mehr realisierbar sein.

Stadträtin Höfler befindet, dass die Situation beim Fachbereich Grundstücks- und Gebäudemanagement immer prekärer werde. Ggf. müsse eine externe Unterstützung erwogen werden. Die Umkleideräume im Grütt seien nicht die einzigen Anlagen, welche dringend sanierungsbedürftig seien. In der Gesamtsicht gebe es hier ein großes Ungleichgewicht. Die Verwaltung stehe im Wort, die desolaten Verhältnisse vor Ort anzugehen.

Stadträtin Bachmann-Ade gibt an, dass die Zustände vor Ort nicht in Ordnung seien. Allerdings habe die Stadt momentan nicht viel Geld und es müssten klare Prioritäten gesetzt werden.

Stadträtin Kurfeß sagt, dass die finanzielle Situation in den kommenden Jahren noch schwieriger werde. Es gäbe noch viele weitere wichtige Maßnahmen, welche allesamt wichtig sind, momentan allerdings nicht geleistet werden können. Sie wolle dem Antrag nicht zustimmen.

Stadtrat Pichlhöfer moniert, dass die Sanierung der Anlagen schon im Jahr 2002 auf eine Prioritätenliste aufgenommen worden sei. Die Thematik hätte schon vor langer Zeit angegangen werden müssen. Es sei schade, dass die Verwaltung die Gebäude erst angehe, wenn diese schon stark sanierungsbedürftig sind.

Stadtrat Lusche vertritt die Auffassung, dass die sanitären Verhältnisse vor Ort möglicherweise nicht mehr tolerierbar seien und in diesem Fall ein Handlungszwang bestehe. Dies müsse nicht unbedingt 2017 geschehen, jedoch müsse sich die Verwaltung an ihr Wort halten. Mittelfristig werde sich ein definitiver Handlungszwang ergeben.

Fachbereichsleiter Kleinmagd erklärt, dass das Jahr 2017 finanziell gesehen noch relativ passabel werde. Für das Haushaltsjahr 2018 sei hingegen eine globale Minderausgabe von 320.000 Euro vorgesehen. Entscheide man sich jetzt für die Sanierung vererbe man sich ohne Not der Chance frei über Prioritäten der nächsten Jahre zu diskutieren.

Stadträtin Höfler fragt, ob man den Zustand der sanitären Anlagen zumindest begutachten könne.

Fachbereichsleiterin Buchauer erklärt, dass der Zustand der sanitären Anlagen hinreichend bekannt sei. Von Seiten der Verwaltung werde kein überaus dringlicher Handlungsbedarf gesehen. Man könnte im Jahr 2017 in die Planung der Sanierung einsteigen. Momentan gebe es bei anderen Objekten aber noch einen höheren Handlungsbedarf.

Bürgermeister Dr. Wilke führt aus, dass man momentan noch mit anderen Vorhaben beschäftigt sei, die ebenfalls viel Geld kosten. Die Prioritätenliste der sanierungsbedürftigen Gebäude umfasse momentan Maßnahmen mit einer Gesamtsumme von 45 Millionen Euro. Die Prioritäten hierbei lägen klar in den Bereichen Sicherheit und Brandschutz. Die Gebäude der Stadt würden eben leider auch mit jedem Jahr ein Jahr älter werden. Die Verwaltung gehe die Gebäude gewiss nicht erst dann an, wenn diese bereits sanierungsbedürftig sind.

Stadträtin Höfler gibt an, dass die Fraktion der CDU den gestellten Antrag zurückziehen wolle.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Verwaltung das Thema weiterhin im Auge behalten wolle.



**TOP 10**  
**Ergebnishaushalt 2017**  
**sowie**  
**TOP 11**  
**Investitionen 2017**  
**sowie**  
**TOP 12**  
**Finanzplan 2016-2020**

Der Vorsitzende fasst die Beratung der drei Tagesordnungspunkte zusammen. Er stellt es den Fraktionen anheim, nochmals über den beschlossenen Einsparvorschlag der Todesanzeigen städtischer Mitarbeiter zu sprechen.

Fachbereichsleiter Kleinmagd teilt mit, dass der Ergebnishaushalt um den abgelehnten Zuschuss der Klimafreunde Lörrach von 4.000 EUR sowie im Bereich Personal um 140.000 EUR korrigiert werden müssen. Er erklärt hinsichtlich der Investitionen 2017, dass die erhöhte Zuführung von 144.000 EUR in die Grunderwerbsmittel fließe.

Stadtrat Schlecht führt aus, dass man mit den Haushaltsplanberatungen in diesem Jahr schnell und zügig vorangekommen sei. Die Haushaltskonsolidierung sei im Februar dieses Jahres auf den Weg gebracht und in der vergangenen Zeit intensiv beraten worden. Es sei zu begrüßen, dass man freigewordene Mittel nun für den Hochbau, insbesondere den Bauunterhalt, zur Verfügung gestellt habe. Es dürfe nicht nur in den Tiefbau investiert werden. Die Rathaussanierung mit voraussichtlichen Aufwendungen in Höhe von zwölf Millionen Euro müsse dringend ins Auge gefasst werden. Die Personalkosten seien so hoch wie noch nie. Die beschlossene Stellenbesetzungssperre greife allmählich. Wichtige Positionen müssten bald wieder besetzt werden, beispielsweise beim Fachbereich Baurecht. Weitere wichtige Themen seien die Schaffung von Wohnraum, das Postareal, das Conrad-Areal und die Erschließung von zusätzlichen Flächen auf dem Salzert. Er beantragt die Prüfung der Möglichkeit einer befristeten Gründung eines Eigenbetriebes mit dem Betriebszweck der Wohnraumentwicklung und der finanziellen Ausgliederung aus dem städtischen Haushalt. Für die Erschließung des Standorts des künftigen Zentralklinikums im Bereich Entenbad bedürfe es Mittel in der Finanzplanung. Man könne davon ausgehen, dass dieser Standort bei der Standortfindung sehr gute Chancen habe. Der Ost-Teil der Stadt stehe vor großen Veränderungen. Man brauche nicht zu glauben, dass es das Zentralklinikum zum Nulltarif geben werde. Auch im Bereich Innenstadt gebe es wichtige Investitionen zu tätigen.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Stellungnahme. Er wolle den genannten Antrag prüfen. Sodann stellt er den Haushaltsplanentwurf 2017 gesamthaft zur Abstimmung. Der Hauptausschuss stimmt diesem einstimmig zu.

## **TOP 13**

### **Bebauungsplanverfahren „Zum Blauenblick, Änderung 1“ einschließlich zugehöriger Örtlicher Bauvorschriften**

**- Bericht zur Offenlage**

**- Satzungsbeschluss**

**Vorlage: 191/2016**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic teilt mit, dass ein interessantes Bauvorhaben der Lebenshilfe Anlass für die Bebauungsplanänderung gewesen sei. Sie geht auf das Offenlageverfahren ein. Die Anregung des Landratsamtes Lörrach werde man aufgreifen.

Der Vorsitzende merkt ergänzend an, dass es sich um ein wichtiges Gebäude für die Lebenshilfe handle, und er froh über die Lösung sei.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

1. Vom Bericht der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wird Kenntnis genommen.
2. Der Bebauungsplan und die Örtlichen Bauvorschriften „Zum Blauenblick, Änderung 1“ werden gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

## **Zur Beurkundung**

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: